Deutscher Bundestag **Drucksache 16/12288**

16. Wahlperiode 18. 03. 2009

Antrag

der Abgeordneten Renate Künast, Fritz Kuhn, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Winfried Hermann, Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Peter Hettlich, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Kai Gehring, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Energiewende vorantreiben – Atomausstieg fortsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist heute so richtig wie gestern. Atomkraft ist lebensgefährlich und teuer, sie schützt das Klima nicht und erzeugt hochgefährlichen Müll, den bisher niemand sicher entsorgen kann. Atomkraft leistet im Unterschied zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Einsparung keinen Beitrag zur Lösung der energiepolitischen Zukunftsfragen. Deshalb ist jede Laufzeitverlängerung überflüssig.

Der 2001 im Konsens mit den Atomkraftwerksbetreibern beschlossene Ausstieg ist zusammen mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz die entscheidende Grundlage für den erfolgreichen Umbau der Stromversorgung in Deutschland. Ohne ihn hätte es die beispiellose Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien nicht gegeben.

Atomkraft wird zur Deckung des Strombedarfs in Deutschland absehbar nicht mehr erforderlich sein. Bereits über 15 Prozent des Stromverbrauchs stammen aus erneuerbaren Quellen, bis 2020 können es 30 bis 50 Prozent sein. Weitere 25 Prozent des Stroms sollen dann, wie im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz verankert, in hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erzeugt werden. Zusammen mit den heute in Bau befindlichen Kraftwerkskapazitäten sowie bereits laufenden Kraftwerken ist damit eine sichere Stromversorgung auch ohne Atomkraft zu jeder Zeit gewährleistet, und dies ohne die Klimaschutzziele zu gefährden.

Wer heute mit dem Argument des Klimaschutzes eine Neubewertung der Atomkraft fordert, muss auch klar benennen, welche neuen Risiken seit dem Ausstiegsbeschluss hinzugekommen sind: ein höheres Unfallrisiko durch ältere Meiler, eine erhöhte Terrorgefahr seit dem 11. September 2001, eine noch unsicherere und noch teurere Endlagerung, wie die Vorgänge in den Lagern Asse und Morsleben zeigen.

Die Atomenergie ist hochriskant. Je älter die Reaktoren, desto höher die Sicherheitsrisiken. In Deutschland stehen die altersschwachen Atommeiler Biblis A und B, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel auf den Störfalllisten ganz oben. Trotzdem versuchen die Energiekonzerne seit Jahren, die Laufzeiten ausgerechnet dieser Altanlagen zu verlängern. Sie gefährden damit wissentlich Millionen Menschen in den betroffenen Regionen.

Hinzugekommen sind neue terroristische Gefahren, die auch die sichersten Atomkraftwerke (AKW) bedrohen. Keiner der heute betriebenen Reaktoren könnte dem gezielten Angriff mit einem vollgetankten Großraumjet standhalten. Das bestätigten sogar die Reaktorbetreiber übereinstimmend. In Deutschland sind die alten Reaktoren Biblis A und B, Phillipsburg und Brunsbüttel schon durch den Absturz eines Kleinflugzeugs gefährdet. Nicht auszudenken, welche Folgen ein Unfall bzw. ein terroristischer Anschlag auf ein AKW im dicht besiedelten Deutschland haben würde.

Völlig offen ist zudem, ob, wann und wo der anfallende Atommüll endgelagert werden kann. Auch nach über 50 Jahren ziviler Nutzung der Atomenergie existiert weltweit kein Endlager für hochradioaktiven Müll. Trotzdem wird weiter fortlaufend Atommüll produziert. Eine Laufzeitverlängerung von acht Jahren würde den Atommüllberg um 30 Prozent anwachsen lassen. In Deutschland verspricht die Atomwirtschaft mit Gorleben eine Lösung der Endlagerfrage. Wahr ist aber: Das schlimme Scheitern des so genannten Forschungslagers im ehemaligen Salzbergwerk Asse und des Endlagers Morsleben stellt auch das Salzlager in Gorleben in Frage. Das zeigt: Von einem sicheren Endlager sind wir weiter entfernt denn je. Ein schlüssiges Endlagerkonzept gibt es nicht. Die umstrittene Erkundung am Standort Gorleben beruht nicht auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik. Gorleben wurde weder durch ein vergleichendes deutschlandweites Suchverfahren als bestmöglicher Standort ausgewählt noch wurde die betroffene Bevölkerung adäquat in Entscheidungs- oder Planungsprozesse einbezogen. Die Atomkonzerne haben sich bis heute weitgehend den Kosten für die Entsorgung ihres Atommülls in Asse und Morsleben entzogen. Es kann und darf nicht sein, dass die Politik diesen Unternehmen weitere Geschenke zukommen lässt.

Die Atomkraft löst keine Probleme, weder das des Klimawandels noch das der Energiesicherheit oder der hohen Energiepreise. So würde eine Laufzeitverlängerung den Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien weit zurückwerfen. Denn je länger die Atomkraftwerke laufen, umso unsicherer sind die Investitionsbedingungen für erneuerbare Energien und Energieeinsparung und umso geringer ist das betriebswirtschaftliche Interesse der Energiewirtschaft hier zu investieren.

Ohnehin ist der Beitrag von Atomkraftwerken zum Klimaschutz mehr als zweifelhaft. Bereits aufgrund ihres mit 6 Prozent sehr geringen Anteils an der Endenergiebereitstellung kann Atomkraft in Deutschland nicht wesentlich zur Senkung der CO_2-Emissionen beitragen. Außerdem liefern die Meiler keine Wärme, sondern nur Strom – und das auf sehr ineffiziente Weise. Pro erzeugter Kilowattstunde Strom werden zwei Kilowattstunden Wärme verschwendet. Diese Wärme muss an anderweitig erzeugt werden – häufig mit ineffizienten Einzelheizungen auf Öl- oder Erdgasbasis. Effiziente Gas-Blockheizkraftwerke weisen daher eine bessere CO_2-Bilanz auf als Atomkraftwerke. Darüber hinaus verursacht die Gewinnung des erforderlichen Urans erhebliche Mengen an CO_2, die den ohnehin marginalen Beitrag der Atomkraft zum Klimaschutz weiter reduzieren.

Auch auf die Strompreise würde sich eine Laufzeitverlängerung kaum auswirken. Sie würde lediglich zu Mehreinnahmen der Atomwirtschaft von bis zu 2 Mio. Euro pro Tag und Anlage führen, da die Kraftwerksbetreiber von den ökologischen Lasten der Atomkraft vielfach entlastet sind. Der für die Verbraucherpreise entscheidende Handelspreis für Strom bliebe dagegen annähernd unberührt. Der Atomstromtarif „ProKlima“ der RWE ist sogar einer der teuersten Tarife am Strommarkt.

In Wahrheit kommt die für die Atomkonzerne billige Atomkraft die Gesellschaft teuer zu stehen. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wurden bis 2007 gut 40 Mrd. Euro Steuermittel als direkte Subventionen

für den Bau bzw. die Sanierung und den Rückbau von Atomkraftwerken, Forschungsanlagen und Entsorgungseinrichtungen gezahlt. Die explodierenden Kosten für die Sanierung der Lager Asse und Morsleben sowie den Rückbau der Wiederaufbereitungsanlage Karlruhe werden dafür sorgen, dass weitere Steuermilliarden folgen werden. Erst kürzlich wurde bei der Novelle des Atomgesetzes ohne Not festgeschrieben, dass die Kosten der Asse, mindestens 2,2 Mrd. Euro, vollständig vom Bund übernommen werden.

Auch die zahlreichen Privilegien der Atomwirtschaft gehen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. So deckt die Versicherungssumme für den größten anzunehmenden Unfall (GAU) eines Atomkraftwerks von 2,5 Mrd. Euro nicht einmal ein Tausendstel der zu erwartenden Schadenssumme von 5 Bio. Euro ab. Das Risiko wird also fast vollständig von der Gesellschaft getragen. Müssten die Konzerne dafür haften, würde jede Kilowattstunde Atomstrom um 21 bis 184 Cent teurer. Auch die Rückstellungen für die Entsorgung des Atommülls und den Rückbau der Atomkraftwerke gehen zu Lasten der öffentlichen Hand. Denn diese Gelder, im Jahr 2005 rund 28 Mrd. Euro, sind freie Manövriermasse der Konzerne, mit der sie Zins- und Beteiligungserträge steuerfrei erwirtschaften können. Dem Staat entgehen so jährlich bis zu 800 Mio. Euro Steuereinnahmen.

Der Deutsche Bundestag betont vor diesem Hintergrund, dass der Atomausstieg nach wie vor die richtige Antwort auf die energiepolitischen Herausforderungen der Zukunft ist. Dies ist auch ökonomisch geboten, da die Atomkraft mit ihren gerade einmal 30 000 Arbeitsplätzen nicht über vergleichbare wirtschaftliche Potenziale verfügt wie der Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, wo heute bereits über 250 000 neue Arbeitsplätze entstanden sind. Bis 2020 könnten es bereits 650 000 Arbeitsplätze sein. Eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke würde die Erschließung dieses enormen wirtschaftlichen Potenzials für Klimaschutz, Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit massiv behindern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Energiewende voranzubringen und den 2001 beschlossenen Atomausstieg ohne jegliche Abstriche fortzusetzen und die Anstrengungen zum Ausbau erneuerbarer Energien und für mehr Effizienz zu verstärken;
- die Laufzeit der sieben AKW, die keinen bzw. nur einen völlig unzureichenden Schutz gegen den gezielten Absturz eines Verkehrsflugzeuges besitzen, auf eine kurze Übergangsfrist zu beschränken. Die nicht in Anspruch genommenen Reststrommengen können die Betreiber auf jüngere Reaktoren übertragen;
- die Sicherheitsanforderungen für Atomkraftwerke zu aktualisieren und in Kraft zu setzen sowie die gesetzliche Entschädigungspflicht bei der Anordnung von Nachrüstungen zu beseitigen;
- das Erkundungsmoratorium für Gorleben zu verlängern und ein neues, ergebnisoffenes Standortsuchverfahren für ein geeignetes Atommüllendlager zu eröffnen;
- eine Brennelementesteuer zu erheben, um die Atomwirtschaft konsequent an den Ausgaben für die Atomenergie wie Sicherheits- und Entsorgungsforschung, die Sanierung der Lager in Asse und Morsleben sowie die Offenhaltungskosten für das Erkundungsbergwerk Gorleben zu beteiligen;
- keine Subventionen mehr an Betreiber von Atomkraftwerken oder deren Muttergesellschaften zu gewähren, die sich einer Beteiligung an den Sanierungskosten in den Endlagern Asse und Morsleben entziehen;
- die betrieblichen Rückstellungen für Endlagerung und AKW-Rückbau in einen öffentlichen Fonds zu überführen;

- die Deckungsvorsorge deutlich anzuheben und die Betreiber zur Versicherung beim Staat gegen Gebühr zu verpflichten, falls am Versicherungsmarkt keine Deckung zu erzielen ist;
- die Atomaufsicht vollständig auf den Bund zu übertragen, um Know-how zu konzentrieren und ein Austrocknen der Länderaufsicht im Verlauf des Atomausstiegs zu verhindern;
- auf europäischer Ebene auf eine Beendigung des überalterten EURATOM-Vertrages hinzuwirken und im Gegenzug sich für einen neuen europäischen Vertrag EURENEW für erneuerbare Energien einzusetzen. Für den Fall, dass eine Beendigung des veralteten EURATOM-Vertrages nicht gelingen sollte, wird die Bundesregierung aufgefordert, einseitig aus EURATOM auszusteigen.

Berlin, den 18. März 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333